

Vorlage, DS-Nr. 2021/1045

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (Jugendhilfeausschuss)	08.09.2021			

Betreff: Vorschlag zum weiteren Verfahren zur systematischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Troisdorf

Beschlussentwurf:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung sowie die Empfehlung der AG 78 Kinder- und Jugendarbeit zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung

- mit der Umsetzung des Verfahrens zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wie in der Sachdarstellung beschrieben
- und der umgehenden Ausschreibung und Besetzung einer (zunächst bis Ende 2022 befristeten) Sozialpädagog*innen-Stelle im Umfang von 30 Wochenstunden für Kinder- und Jugendbeteiligung.

Des Weiteren beschließt der Jugendhilfeausschuss, dass die Verwaltung für die entsprechenden Personal- und Sachkosten die Mittel aus dem Corona-Aufholprogramm von Bund und Land NRW für die Kinder- und Jugendhilfe verwenden soll.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Finanzielle Auswirkungen:

Ja, diese können durch den Zuschuss für Troisdorf aus dem Corona-Aufholprogramm von Bund und Land NRW für Kinder- und Jugendhilfe beglichen werden.

Sachdarstellung:

In der Sondersitzung am 16.06.2021 wurde die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit dem Landesjugendamt einen Verfahrensvorschlag zu entwickeln, wie Kinder und Jugendliche in Troisdorf in die Entwicklung eines Beteiligungsformates sowie eine regelmäßige Beteiligung in den für sie interessanten Themen eingebunden werden können.

Die Verwaltung hatte sich im weiteren Verlauf mit den für Kinder- und Jugendbeteiligung zuständigen Kolleg*innen des Landesjugendamtes zusammengesetzt und sich beraten lassen. Bereits in der Sondersitzung hatte die LVR Fachberatung, Martina Leshwange, ausdrücklich darauf hingewiesen, Kinder und Jugendliche in die Entwicklung eines geeigneten Formates für Troisdorf einzubeziehen und sie vorab zu fragen, welche Themen sie beschäftigen und wie sie beteiligt werden wollen. Es wurde auch deutlich, dass vor der endgültigen Entscheidung für ein geeignetes, zukünftiges Beteiligungsformat erst ein klares Mandat aus Politik und Verwaltung benötigt wird, die Themen von Kindern und Jugendlichen systematisch ämter- und ausschussübergreifend ernst zu nehmen und zu bearbeiten, wenn dies von den jungen Menschen gewünscht würde. Hierfür dürfte ein Jugendhilfeausschussbeschluss nicht ausreichen. Der Jugendhilfeausschuss sollte daher auf der Grundlage der noch zu erstellenden Konzeption zur Beteiligung von jungen Menschen eine entsprechende Beschlussempfehlung dem Rat der Stadt zur Beschlussfassung vorlegen.

Im Gespräch mit dem LVR wurde im Anschluss an die Sondersitzung folgender Vorschlag für ein mögliches Verfahren entwickelt:

in einer **Auftaktveranstaltung in Form eines „Zukunftslabors“**, an dem ausschließlich Kinder und Jugendliche als Zielgruppe teilnehmen werden, sollen mit der Open Space Methode zunächst Themen aus den Lebenswelten der jungen Menschen erarbeitet werden.

Die dort erarbeiteten Themen, Wünsche und Ideen bilden die Grundlage für den weiteren Prozess zur Entwicklung geeigneter Beteiligungsformate. Aus interessierten Teilnehmenden des „Zukunftslabors“ wird eine **„Steuerungsgruppe“** gebildet. Die Steuerungsgruppe wird im Anschluss an die Auftaktveranstaltung gemeinsam mit Unterstützung von pädagogischen Fachkräften an der Entwicklung eines Beteiligungskonzeptes arbeiten. Hierzu werden bei Bedarf auch weitere relevante Akteur*innen einbezogen.

Das Open Space Format zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung wurde bereits in anderen Kommunen erfolgreich durchgeführt. Die Fachkräfte des LVR verfügen über sehr viel Erfahrung in der pädagogischen Durchführung und haben sich auch bereit erklärt, die Veranstaltung in Troisdorf zu moderieren und durchzuführen. Die Verwaltung beabsichtigt, die Veranstaltung u.a. über die Troisdorfer Grund- und weiterführenden Schulen zu bewerben. Zielgruppe für diese Veranstaltung sollen Kinder und Jugendliche im Alter von 10 – 16+ Jahren sein.

Die ursprüngliche Überlegung, bei einer solchen Auftaktveranstaltung den Teilnehmer*innen erst einmal verschiedene Beteiligungsformen darzustellen, wird damit nicht weiterverfolgt. Natürlich werden die Teilnehmer*innen auf Nachfrage über Partizipationsmöglichkeiten informiert, diese sollen aber erst einmal über die für sie überhaupt relevanten Themen und dann anschließend im Rahmen der Steuerungsgruppe über Partizipationsformate sprechen. Damit soll auch verhindert werden, dass den Kindern und Jugendlichen Vorstellungen der Erwachsenen „übergestülpt“ werden.

In der JHA Sondersitzung im Juni wurde im Rahmen der Vorträge auch deutlich, dass es zur fachgerechten und nachhaltigen Umsetzung von Beteiligungsverfahren personelle und finanzielle Ressourcen bedarf. Die Stelle sollte beim Jugendamt verortet sein und schnellstmöglich besetzt werden,

um das oben genannte Zukunftslabor mit zu organisieren und die jungen Menschen der Steuerungsgruppe und das gesamte weitere Verfahren im Anschluss begleiten zu können. Die Verwaltung plant die Auftaktveranstaltung für das Frühjahr 2022 in Präsenz.

Nach intensiver Abwägung, ob eine solche Stelle bei einem freien Träger der Jugendhilfe verortet werden sollte, ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass dies bei dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe besser angesiedelt ist, da nur dann systematisch eine ämter- und ausschussübergreifende Berücksichtigung der Beteiligungsergebnisse sichergestellt werden kann.

Die Verwaltung schlägt des Weiteren vor, für eine solche Stelle sowie entsprechende Sachkosten die Fördermittel aus dem Aufholprogramm Corona für die Kinder- und Jugendhilfe zu nutzen. Für die entsprechende Fördersäule III stehen 2021 Troisdorf noch ca. 35.000 €, für 2022 weitere ca. 69.800 € zur Verfügung.

Damit könnte man für die Zeit bis Ende 2022, in welcher die Struktur der Steuerungsgruppe organisiert und das Gesamtkonzept für die Beteiligung von jungen Menschen erstellt werden muss, 30 Wochenstunden einer Sozialpädagog*in befristet ausschreiben. Auch erforderliche Sachmittel wie Moderationskoffer, Medien etc. sowie die Veranstaltungskosten für das Zukunftslabor etc. können aus den Fördermitteln bestritten werden. Die Stelle könnte des Weiteren bereits zum nächstmöglichen Zeitpunkt in 2021 besetzt werden.

Die zukünftige Beteiligungskonzeption für Troisdorf sollte dann bis Ende 2022 vorliegen und durch den JHA und Rat (wenn dies erforderlich sein sollte) beschlossen werden. Der ab 2023 benötigte Stellenanteil für den Aufgabenbereich der Beteiligung von jungen Menschen wäre dann anhand der Ergebnisse des Konzeptes noch festzulegen.

Der JHA Vorlage ist eine Empfehlung der AG § 78 beigefügt, die aus fachlicher Sicht beschreibt, unter welchen Voraussetzungen Beteiligung in der Stadt Troisdorf gelingen kann.

Des Weiteren wird die Verwaltung am 27.08.21 an einer Informationsveranstaltung zum LVR Projekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ teilnehmen. Ziel des Projektes ist es, Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken und jugendpolitische Konzepte in Kommunen strukturell zu verankern sowie der Aufbau eines NRW-weiten Netzwerks engagierter Kommunen und deren Jugendlichen, um den interkommunalen Austausch und die landesweite Diskussion zur eigenständigen Jugendpolitik zu stärken. Die mitwirkenden Jugendämter schließen einen Kooperationsvertrag mit dem Landesjugendamt zur Umsetzung des Förderprogramms „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“. Sie übernehmen gemeinsam mit den Jugendlichen und kommunalen Jugendhilfeausschüssen folgende Aufgaben:

- *Initiierung und Umsetzung einer jugendpolitischen Strategie gemeinsam mit Jugendlichen. Ziel ist die strukturelle Verankerung einer eigenständigen Jugendpolitik.*
- *Moderation des Austauschs zwischen Jugend, Politik und Verwaltung.*
- *Einholen eines Beschlusses des Jugendhilfeausschusses zur Umsetzung einer*

eigenständigen Jugendpolitik.

- *Koordination der jugendpolitischen Aktivitäten vor Ort sowie die Unterstützung der so genannten Mikroprojekte von Jugendlichen für Jugendliche.*
- *Dokumentation und Präsentation der Erfahrungen und Ergebnisse bei der Umsetzung einer eigenständigen Jugendpolitik.*
- *Aktive Mitarbeit im landesweiten Netzwerk mit Landesjugendämtern, Projektkommunen und Jugendlichen.*

Der Projektrahmen bietet viel Spielraum bei der kommunalen Zielformulierung. Die Projektkommunen und –kreise sind frei in der Ausgestaltung der eigenen Zielsetzung. Da sich der JHA in seiner Sondersitzung grundsätzlich für die Etablierung einer eigenständigen kommunalen Beteiligungsstrategie von jungen Menschen ausgesprochen hat, hält es die Verwaltung nach Rücksprache mit dem LVR für vorteilhaft, in das landesweite LVR Projekt einzusteigen und sich die fachliche Beratung und Unterstützung des Landesjugendamtes dadurch auch in Zukunft zu sichern.

Die Federführung hierbei sollte dann die neue Fachkraft für Kinder- und Jugendbeteiligung in Troisdorf übernehmen.

In Vertretung

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete